



Im PAZ-Interview: Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD, Mitte) spricht mit Andrea Posselt und Thorsten Behrens über die AfD und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. FOTO: SEBASTIAN PREUB

Minister Heil will die politische Auseinandersetzung mit der AfD

Appell des SPD-Politikers an die Bürger, Rechtsextreme bei demokratischen Wahlen zurückzudrängen

Peine/Gifhorn. Die AfD hätte laut Umfragen vom 2. März 18 (laut Verian) beziehungsweise 19 Prozent (laut Insa) erhalten, wenn am 3. März Bundestagswahlen gewesen wären. Aktuell verliert die Partei in vielen Bereichen Prozentpunkte, vor allem in den neuen Bundesländern gewinnt sie aber auch dazu. Bundesweit laufen Proteste mit Hunderttausenden Teilnehmern gegen Rechtsextremismus und die AfD, die sich zudem mit einer Diskussion um ein Verbot ihrer Partei konfrontiert sieht. In dieser Lage stellt sich Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Peine/Gifhorn, den Fragen der PAZ-Redaktion über ein mögliches Partei-Verbot, über Parallelen zur Weimarer Republik sowie die Notwendigkeit politischer Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parteien und Gruppierungen.

PAZ: Herr Heil, gleich vorweg: Glauben Sie, dass ein Verbot der AfD etwas bringen wird? Oder besteht eher die Gefahr, dass die Akteure eine neue Partei mit anderem Namen, aber mit den gleichen Zielen bilden und letztendlich wieder eine Gefahr für die Demokratie sind?

Hubertus Heil: In jedem Fall muss man sich mit Rechtsextremen politisch auseinandersetzen.

Und das passiert ja Gott sei Dank auch. Ich habe mich sehr gefreut, dass auch hier in der Region Gifhorn, Peine und Wolfsburg und bundesweit Hunderttausende auf der Straße waren und sind. Das Wichtigste ist erst einmal, die Rechtsextremen politisch zurückzudrängen, und ich würde es vorziehen, dass die Bürgerinnen und Bürger bei demokratischen Wahlen sie ebenfalls zurückdrängen, möglichst auch langfristig aus den Parlamenten.

Es gibt aus guten Gründen sehr hohe Hürden für Parteienverbote in diesem Land. Deshalb müssen neben der politischen Auseinandersetzung die zuständigen Sicherheitsbehörden wie der Verfassungsschutz ein Auge auf rechtsextreme Bestrebungen haben, müssen da sehr genau hinsehen. Teile der AfD sind ja als rechtsextrem eingestuft, auf jeden Fall auch die Jugendorganisation. Wenn wir ein Parteien-Verbot anstreben, dann müssen wir uns sehr sicher sein, dass es auch funktioniert. Deshalb konzentriere ich mich persönlich eher auf die politische Auseinandersetzung mit Rechtsextremen, denn die spalten unser Land, die lösen kein Problem, die schaden Deutschland. Sie sind auch keine Alternative für Deutschland, sie wären der Abgrund für unser Land. Ich bin froh, dass das viele Bürgerinnen und Bürger erkannt haben.

PAZ: Was machen Sie selbst konkret zum Thema Engagement gegen Rechtsextremismus? Gehen Sie in Ihrem Wahlkreis Gifhorn/Peine oder in Berlin zu den Demonstrationen?

Hubertus Heil: Wo immer das geht, nehme ich auch an Demonstrationen teil, aber vor allem gibt es eine Verantwortung, die ich darüber hinaus habe: Mit Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren, aufzuklären, auch falschen Nachrichten entgegenzuwirken. Wir leben in einer Zeit, in der über Social Media die schlimmsten verhetzten Nachrichten so schnell umgehen wie ein Lauffeuer. Deshalb ist es wichtig, klar über die Möglichkeiten, die ich habe, aufzuklären. Ich war vergangene Woche an Schulen und habe mit Schülerinnen und Schülern diskutiert. Beim Engagement gegen Rechtsextremismus geht es also auch um politische Bildung, man muss sich den Diskussionen, die ja vorhanden sind, auch stellen.

Mein Eindruck ist – und das ist auch wissenschaftlich untersucht –, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger hochgradig vernünftig und anständig sind. Wir haben aber eine Situation, dass durch die vielen Veränderungen, Kriege und Krisen, die wir erleben, diese Gesellschaft leicht entzündbar geworden ist. Man kann durch wilde Reden

die Gesellschaft auseinanderreiben bei sozialen Fragen, bei Klimafragen, bei Migrationsfragen. Oder man kann Probleme lösen. Ich finde, dass demokratische Politiker die Verantwortung haben, diese Gesellschaft zusammenzuführen und nicht durch wilde Reden auseinanderzutreiben. Dieser Verantwortung versuche ich gerecht zu werden.

Ich habe mich zudem vergangene Woche in Gifhorn mit verschiedenen Bündnissen getroffen, die sich hier in weiten Teilen des Landkreises für die Demokratie engagieren. Vielleicht ist es an der Zeit, mal Danke dafür zu sagen, dass sich über Parteigrenzen hinaus so viele Menschen engagieren, auch aus der Wirtschaft, aus den Gewerkschaften, aus zivilgesellschaftlichen Organisationen. Das macht mir Mut, dass wir diesen Rechtsextremismus auch wieder zurückdrängen können.

PAZ: Es gibt aber auch große, namhafte Unternehmen wie die Molkerei Müller, die sich ganz klar in Richtung AfD bekennen. Da gibt es von demokratischer Seite entsprechende Boykott-Aufrufe der Produkte. Wie ist da Ihre Haltung, wenn sich Unternehmen pro AfD aussprechen?

Hubertus Heil: Ich finde es schlimm, wenn solche Unternehmer nicht erkennen, welche

Gefahr das für die Demokratie, aber auch für das Land, für die Volkswirtschaft ist. Aber ich muss mal sagen, die Mehrheit der Unternehmer, die ich in diesem Land und auch hier in der Region kenne, hat eine klare demokratische Meinung. Dass beispielsweise bei der großen Demonstration hier in der Region nicht nur die IG Metall präsent war, sondern auch der Vorsitzende von Volkswagen. Er hat klargemacht, dass diese Region ja davon lebt, dass wir weltoffen sind, dass wir Handel treiben. Er hat auch klargemacht, dass wir Fachkräfte brauchen und dass wir dieser idiotischen Idee der AfD, mit dem Dexit aus der Europäischen Union auszusteigen, entgegenwirken müssen. Das sind wichtige Stimmen.

Mir ist wichtig, dass die Bewegung gegen Rechtsextremismus ein breites gesellschaftliches Bündnis ist. Ob die Menschen Christdemokraten, Sozialdemokraten, liberale Demokraten oder Grüne sind, das ist nicht wichtig, sondern dass wir bei allen politischen Unterschieden im Wettbewerb zwischen Demokraten eines gemeinsam haben, nämlich dass wir dieses Land nicht von Extremisten kaputt machen lassen. Das ist ein wichtiges Zeichen und ich bin froh, dass sich dafür auch so viele Menschen aus der Wirtschaft engagieren.